

ORH-Bericht 2007 TNr. 23

Steuerfahndungsstellen der Finanzämter

Jahresbericht des ORH

Die Steuerfahndungsstellen und hier vor allem das Finanzamt München I können ihren Auftrag nur eingeschränkt erfüllen. Dies führt zu jährlichen Steuerausfällen von mindestens 34 Mio. €, davon allein 24 Mio. € im Großraum München.

Beschluss des Landtags

vom 25. Juni 2008
(Drs. 15/10908 Nr. 2 f)

Die Staatsregierung wird gem. Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht sicherzustellen, dass die Personalausstattung bei den Steuerfahndungsstellen, insbesondere am Finanzamt München I, in naher Zukunft verbessert und die übrigen vom ORH vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden. Dem Landtag ist bis 30.11.2008 zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums der Finanzen

vom 25. Januar 2009
(35/66 - H 3045 - 037 - 1019/09)

Das Staatsministerium weist darauf hin, dass den Steuerfahndungsstellen Ende 2008 insgesamt 16 neue Kräfte zugeführt wurden. Der Schwerpunkt der Personalzuführung sei bei der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts München I gelegen, wo derzeit nur noch 7,5 Fahndungsprüfer fehlten. Dies entspreche einer Unterbesetzung von 6 %. Außerdem seien acht Fahndungshelfer zugewiesen worden.

Weitere spürbare Personalverstärkungen in der Steuerfahndung seien geplant. Die Neueinstellungen im gehobenen Dienst seien von 150 in 2006 auf 220 in 2007, 390 in 2008 und 370 in 2009 erhöht worden. Mit den zusätzlichen Kräften, die ab 2010 ihre Ausbildung abschließen, würden vor allem die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung aufgestockt werden.

Die weiteren vom ORH vorgeschlagenen Anregungen seien bereits oder würden zeitnah realisiert.

Im Übrigen unterstütze die Staatsregierung einen Vorschlag an die Finanzministerkonferenz, Gebäudereinigungsunternehmen gemäß der Anregung des ORH in die erweiterte Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers gemäß § 13b UStG einzureihen.

Anmerkung des ORH

Dem Anliegen des ORH wurde Rechnung getragen.

**Beschluss des Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**
vom 28. Mai 2009

Kenntnisnahme.